

# Weichen müssen anders gestellt werden

Kontradiktorische TV-Diskussion zur Raumplanung gestern am Landeskanaal

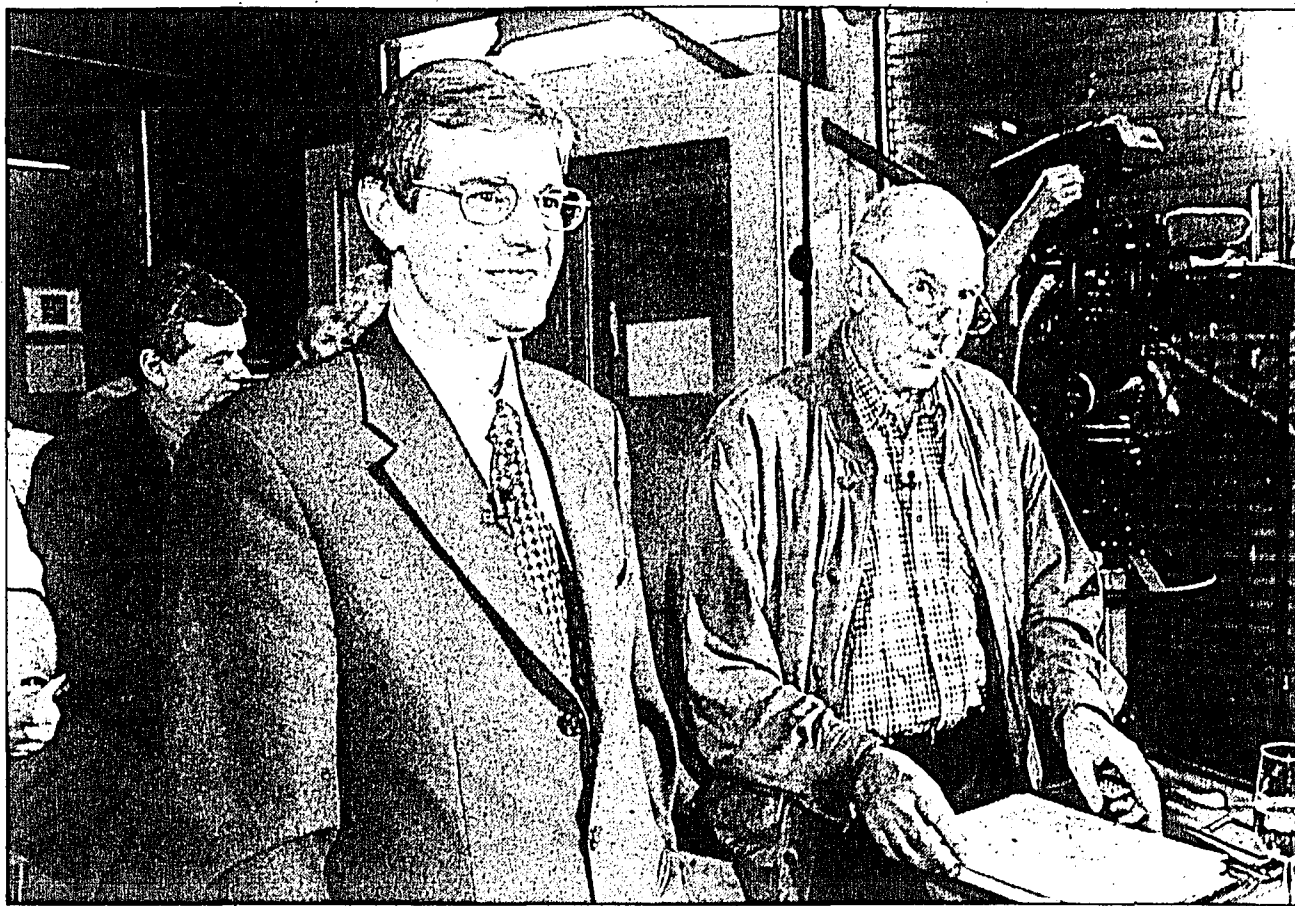
Die Frage «Welches Liechtenstein wollen wir?» sowie «Enteignung», Gemeindeautonomie und Ausbaugrad waren gestern Abend die Schwerpunkte der kontradiktorischen TV-Diskussion am Landeskanaal. Selbst die Gegner räumten ein, dass in Liechtenstein die Weichen anders gestellt werden müssen.

Martin Frommelt

Für Regierungsrat Alois Ospelt ist klar: «Unser Land hat eine zunehmend rasante Entwicklung genommen. Diese Entwicklung muss koordiniert werden, sonst geht es in eine Richtung, die nicht im Interesse des Staates ist.» Für den Vaduzer Bürgermeister Karlheinz Ospelt ist diese Vorlage, die er seinerzeit als Mitglied der Landtagskommission miterarbeitet hat, heute nichts als eine unnötige Überreglementierung. Auf die Frage, ob er jetzt nicht mehr hinter der Vorlage stehe, sagte Karlheinz Ospelt: «Ich habe schon damals gesagt, dass ich mit verschiedensten Sachen nicht einverstanden bin, weil es bestimmte Killerkriterien hat, die immer noch in der Vorlage enthalten sind.»

## Enteignung: Unsinn

Dass die viel zitierte Enteignung als Gegenargument nicht sticht, erklärte Regierungschef Otmar Hasler: Das sei «unsinnig». Architekt Franz Schädler konterte jedoch: «Enteignung steht in Artikel 6 im Gesetz, also wird davon gesprochen». Regierungsrat Alois Ospelt legte dar, weshalb das so ist: «Diese Bestimmung muss sein, denn sie dient dem Eigentumsschutz der Bürgerinnen und Bürger. Das Raumplanungsgesetz selbst hat aber überhaupt nichts mit Enteignung zu tun. Die Besitzstandswahrung ist garantiert.» Dazu Karlheinz Ospelt: «Das mit der Enteignung wird eben herumgeboten, weil es zuerst drin war und nachher



Vertraten Gehenseite: Bürgermeister Karlheinz Ospelt (links) und Architekt Franz Schädler. (Bild: Paul Trummer)

nachträglich herausgenommen wurde.»

## 80 Prozent Überbauung

Einen weiteren Kritikpunkt sprach der VU-Abgeordnete Erich Sprenger an, der im Landtag als Einziger gegen das Gesetz gestimmt hatte: «Das mit den 80 Prozent ist der grosse Knackpunkt. Einige wenige Bodenbesitzer, die viel Boden haben und diesen nicht überbauen, können die Weiterentwicklung blockieren.» Alois Ospelt liess diese Befürchtung nicht gelten: «Eine solche Entwicklung hat mit Raumplanung direkt nichts zu tun. Die Frage der Verfügbarkeit von Baugrund kann man weder mit noch ohne Raumplanungsgesetz lösen.» Dazu Regierungschef Otmar Hasler: «Bei diesen 80 Pro-

zent ist sehr viel Potenzial dabei. Positiv ist, dass die bestehenden Bauzonen bleiben. Die Ortsplanung ist in erster Linie Kompetenz der Gemeinden.»

## Gemeindeautonomie

Auch beim Diskussionspunkt Gemeindeautonomie gingen die Meinungen auseinander. Karlheinz Ospelt: «Bis jetzt hat es nie einen rechtsverbindlichen Landesrichtplan gegeben. Dieser wird letztlich alles überstimmen und dann muss alles entsprechend geändert werden. Das bringt nur unnötig viel Kostenaufwand für die Gemeinden.» Dazu Alois Ospelt: «Die Gemeindeautonomie wird wesentlich gestärkt. Die Gemeinden erhalten den Auftrag, den sie im Gesetz ohnehin

schon haben, nämlich ihre eigene Planung im Ortsbereich durchzuführen. Der Landesrichtplan kommt nicht wegen dem Raumplanungsgesetz. Er muss im Sinne der übergeordneten Landesinteressen ohnehin kommen.» Auch Architekt und Raumplaner Hubert Ospelt sieht eine Stärkung der Gemeindeautonomie: «Die Kompetenzen zwischen Land und Gemeinden werden auf jeden Fall klarer geregelt. Die Ortsplanung wird vollumfänglich den Gemeinden zugeteilt.»

Franz Schädler äusserte hingegen die Meinung, dass man mit dem Raumplanungsgesetz in Triesenberg keine Ferienhauszone mehr auscheiden könne. Laut Regierungsrat Alois Ospelt stimmt das nicht: «Wenn

der Bedarf gegeben ist, dann ist eine zusätzliche Ferienhauszone möglich, die bestehende Ferienhauszone muss einfach genügend ausgenutzt sein.»

## Weichen anders stellen

Ein wichtiges Anliegen des Raumplanungsgesetzes ist es, die Entwicklung des Landes in geordnete Bahnen zu lenken. Aus diesem Grund wurde auch die Frage «Welches Liechtenstein wollen wir?» thematisiert. Dazu Regierungschef Otmar Hasler: «Das Raumplanungsgesetz gibt uns Instrumentarien in die Hand, damit wir die künftige räumliche Entwicklung eigenverantwortlich angehen können.» Franz Schädler räumte zwar ein, dass ihm die Entwicklung zwischen Triesen und Vaduz nicht unbedingt gefalle: «Die ganze Verkehrs- und Arbeitsplatzsituation ist nicht wegen der Raumplanung entstanden und lässt sich auch nicht über dieses Gesetz lösen. Sicher müssen die Weichen etwas anders gestellt werden.»

## Beispiel Vaduz/Triesen

Für Regierungsrat Alois Ospelt ist das Gebiet zwischen Triesen und Vaduz ein «gutes» Beispiel: «Hätten wir das Raumplanungsgesetz in den 60er-Jahren geschaffen, dann wären gewisse schlechte Auswirkungen zwischen den beiden Gemeinden verhindert worden. Darum wünsche ich mir, dass die Bevölkerung auf eine nachhaltige Entwicklung setzt.» Karlheinz Ospelt entgegnete, die Grundlagen für die angesprochene Entwicklung habe man in den 60er-Jahren im Sinne des Wachstums zusammen mit der Regierung geschaffen.

Raumplaner Hubert Ospelt wies daraufhin, dass das Schweizer Raumplanungsgesetz viel weiter gehe: «Es ist ein Rahmengesetz für anerkannte Ziele im Sinne der Nachhaltigkeit.»

**Wiederholung am Landeskanaal: Sonntag um 16 und 17 Uhr; Dienstag um 19 und 20 Uhr.**

## Pro und Kontra Raumplanung

Voten aus der Diskussions-Sendung am Landeskanaal

### Pro Raumplanung

Otmar Hasler, Regierungschef: «Wir brauchen das Raumplanungsgesetz für eine geordnete Entwicklung, die allen Bürgern zugute kommt. Wir haben nur eine sehr kleine Fläche, die wir nutzen können. Das Gesetz bringt klare Zuständigkeiten und keine Katze im Sack. Den Bürgern wird nichts weggenommen. Wir haben auch Verantwor-



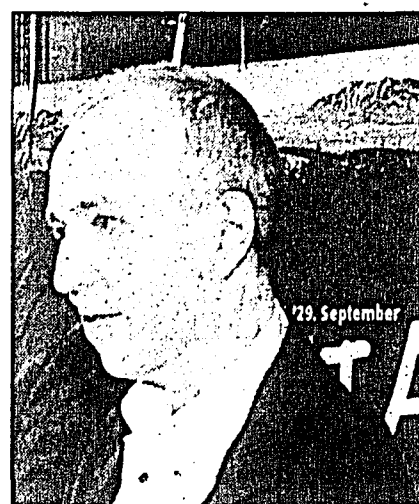
Dafür: Wendelin Lampert.

tung für kommende Generationen für einen sparsamen Umgang mit Raum und räumlicher Entwicklung im übergeordneten Interesse.

Alois Ospelt, Regierungsrat: «Das Gesetz schafft die nötigen Voraussetzungen, dass das Land im Ausgleich der verschiedenen Interessen in seiner Eigenart, mit seiner natürlichen und gestalteten Umwelt, als vielfältiger und vertrauter Lebensraum gepflegt und erhalten bleibt, dass die Entwicklungen nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und Wirtschaft sowie in Beachtung der natürlichen Lebensgrundlagen und kulturellen Belange verläuft und dass künftigen Generationen der grösstmögliche Freiraum für die Erfüllung ihrer Aufgaben und für die Ausgestaltung ihrer Lebensart verbleibt.»

Wendelin Lampert, Landtagsabgeordneter FBP: «Das Gesetz lässt künftigen Generationen Entwicklungsspielraum. Andernfalls wird die Entwicklung weiter ausseren.»

Hubert Ospelt, Architekt und Raumplaner: «Wir haben nur eine kleine Fläche, die wir im Land zur Ver-



Dafür: Hubert Ospelt.

fügung haben. Ohne irgendwelche Koordination wird es nicht mehr zu bewältigen sein. Es kann nur gemeinsam entwickelt werden.»

Silvy Frick, LGU-Präsidentin: «Man will ja für die kommenden Generationen einer Zersiedelung entgegenwirken und dafür braucht es eine übergeordnete Koordination. Wir hätten uns

ein schärferes Raumplanungsgesetz gewünscht, beispielsweise beim Beschwerderecht.»

Josef Biedermann, Ex-Abgeordneter FBP: «Das Raumplanungsgesetz bringt auch ein Rahmengesetz für Natur und Landschaft. Betrachtet man die letzten 30 bis 40 Jahre, dann hat dieser Rahmen nicht gewirkt.»

Paul Vogt, Landtagsabgeordneter FL: «Das Raumplanungsgesetz hat als oberstes Anliegen die bestehenden Nutzungskonflikte zu lösen und darum braucht es dieses Gesetz.»

### Kontra Raumplanung

Franz Schädler, Architekt: «Das Gesetz muss abgelehnt werden. Es schwächt die Gemeindeautonomie, die Enteignung und auch das Beschwerderecht ist nicht klar.»

Karlheinz Ospelt, Bürgermeister: Mit diesem Gesetz kaufen wir die Katze im Sack. Wir wissen nicht, welche Inventare kommen und mit welchen Inhalten das Gesetz gefüllt wird. Wir brauchen klare Gesetze, die nicht zu

gerichtlichen Auseinandersetzungen führen.»

Erich Sprenger, Landtagsabgeordneter VU: «Das mit den 80 Prozent ist der grosse Knackpunkt. Einige wenige Bodenbesitzer, die viel Boden haben und diesen nicht überbauen, können die Weiterentwicklung blockieren.»



Dagegen: Erich Sprenger.

ANZEIGE

Für ein Liechtenstein mit Fürst und Volk  
[www.duales-liechtenstein.li](http://www.duales-liechtenstein.li)